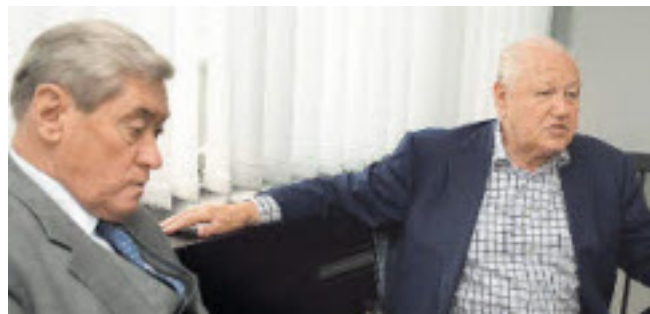


► **Runder Tisch:** Die Ex-Minister Hannes Androsch und Karl Blecha über das Diktat der leeren Kassen, Mut und Feigheit in der Politik

Über die Verhältnisse gelebt“



VON **CHRISTIAN BÖHMER**
UND **JOSEF VOTZI**

Handelt die Politik in der Wirtschafts- und Finanzkrise ausreichend mutig? Und wo kann der Staat wirklich sparen?

Für den KURIER diskutierten darüber Ex-SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch und der Chef der SPÖ-Pensionisten Karl Blecha.

KURIER: Meine Herren, haben Sie in den vergangenen Jahrzehnten je eine Phase erlebt, in der es so turbulent zugegangen ist wie heute?

Hannes Androsch: Die 70er-Jahre waren auch keine Schönwetter-Promenade, aber trotzdem kein Vergleich zur Situation heute. Die Krise geht tiefer und dauert länger, als wir glauben möchten.

Karl Blecha: Und da reden wir noch gar nicht davon, dass es neben der Finanzkrise auch andere große Herausforderungen wie den Klimawandel oder die Überalterung der Gesellschaft gibt.

Hat die Politik entsprechend reagiert?

Blecha: Weder auf die Wirtschafts- und Finanzkrise noch auf die anderen Probleme wurde ausreichend reagiert. Es fehlen die politischen Visionen.

Androsch: Allerdings wäre es zu einfach, zu sagen: „Die Politik hat versagt.“ Wirtschaft, Gesellschaft, jeder Einzelne – alle tragen Verantwortung. Die Politik trägt aber die größte Verantwortung...

Blecha: ... und wir können auch die Medien nicht aus der Verantwortung nehmen. Wenn Reichweiten-starke Medien eine Krisen-Hysterie schüren, dann ist das mehr als schädlich. Vergessen wir

nicht: Jede Krise ist eine große Chance für Erneuerung und Veränderung. Aber das muss man erkennen und entsprechend nutzen.

Quoten und Reichweiten spielen ja auch in der Politik eine große Rolle.

Androsch: Und die Umfragehörigkeit ist zweifelsohne eines der größten Probleme der Tagespolitik. Man muss

„Man glaubte, wir können uns alles leisten, und Frau Holle schmeißt Geld vom Himmel.“

Hannes Androsch Ex-Finanzminister

von etwas überzeugt sein, um andere überzeugen zu können – ohne entsprechende Umfragewerte. Der Hausstechniker im Seniorenheim meiner Mutter hat unlängst gemeint: „Ich verstehe nicht, was in der Wirtschaft los ist, niemand erklärt es mir. Und ich weiß nur eines: Ich muss immer zahlen!“ Mit Verlaub: Dieser Hausstechniker hat die Probleme auf den Punkt gebracht.

Aber was wird zu wenig erklärt? Welche Chancen werden vergeben?

Androsch: Wie die Zukunft aussehen soll. Es muss offen gesagt werden: Hier stehen wir, was wollen wir – und das ist die Agenda für die Jahre 2030, 2040. Nicht für den Karl Blecha und mich, sondern für unsere Kinder und Enkel. Man beklagt zu Recht alle möglichen Spekulationen. Aber: Auch die Politik hat spekuliert – und zwar auf Kosten der Zukunft. Sei es die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates, sei es die Bildung. Hier gab es gravierende politische Fehl-Spekula-

tionen, die Politik hat auf die Zukunft gewettet.

Inwiefern?

Androsch: Indem man glaubte, wir können uns alles leisten, und irgendwann kommt Frau Holle und schmeißt mit Schnee auch Geld vom Himmel. Man kann immer nur verteilen, was man vorher erwirtschaftet hat.

Haben wir über unsere Verhältnisse gelebt?

Beide: Ja, das haben wir!
Blecha: Aber ich will das optimistisch sehen, denn endlich wird darüber nachgedacht, was wir verändern und wo wir sparen können. Endlich wird über die Ungerechtigkeiten im Steuersystem und über den Unfug bestimmter Ausprägungen des Föderalismus diskutiert. Da liegen Milliarden, und darüber wurde nie geredet.

Herr Androsch, Sie haben erklärt, in der Verwaltung könne man 20 Milliarden Euro sparen. Wo sind die?

Androsch: Ein Beispiel. Wir haben 24.000 Verwaltungsbeamte im Bundesheer, die sich um 11.000 Wehrpflichtige kümmern, von denen 3000 militärisch einsatzfähig sind. Die Schweiz hat 8000 Verwaltungsbeamte, und dieser Unterschied macht allein eine Milliarde Euro. Ein anderes Beispiel. Wir bauen alle zwölf Kilometer ein Spital aus, ohne auf die

für die medizinische Qualität nötige kritische Größe zu achten. Und wozu braucht man Bezirksschulbehörden oder in jeder Landeshauptstadt ein Militärkommando?

Kann man diese Missstände auch als aktiver Politiker so deutlich aussprechen?

Androsch: Sicherlich! Warum verlieren Politiker Wahlen? Weil sie mutlos sind. Wenn man, um beim Beispiel zu bleiben, meinem Hausstechniker wie ein Zahnarzt erklärt: „Es wird auch weh tun, aber der Eingriff ist für deine Gesundheit notwendig“, wird er das verstehen. Zu sagen: „Alles paletti, es wird sich nichts ändern“, das glaubt ja niemand! Wir befinden uns noch immer in einer relativ guten wirtschaftlichen Situation, weit weg von Verhältnissen wie in Griechenland. Aber umso mehr sollten wir danach trachten, nicht in diese Situation zu kommen. Der Terror des Status quo muss aufhören, wir müssen uns dem Diktat der leeren Kassen beugen. Es geht um unsere Kinder. Diese befürchten schon jetzt, selbst keine Pension mehr zu bekommen.

Blecha: Das ist eines der hinterhältigsten Märchen, die die Privatversicherer verbreiten. Die Pensionen sind sicher, solange wir dafür sorgen, dass es auch Beschäftigung und Wachstum gibt. Unsicher sind die Pensionen nur dort, wo man sie dem

Markt überlassen hat. Das wird bei uns nicht passieren.

Androsch: Was heute alles unter dem Begriff „Sparen“ subsumiert wird, ist abenteuerlich. Verschwendung zu beseitigen, ist nicht sparen, sondern bedeutet, mit begrenzten Mitteln vernünftig umzugehen. Wenn aber jetzt bei Investitionen in die Zukunft, also bei der Bildung und Wissenschaft gekürzt

„Es wird endlich über den Unfug bestimmter Ausprägungen des Föderalismus diskutiert.“

Karl Blecha SPÖ-Pensionistenchef

wird, dann ist das nicht sparen, sondern verschwenden. Denn: Wer nicht sät, kann auch nicht ernten. Natürlich darf man die soziale Frage nicht vergessen. Die alleinerziehende Mutter darf nicht übrig bleiben.

Indem man Vermögen stärker besteuert?

Androsch: Man kann die Vermögenssteuer ruhig einführen, wenn man im Gegenzug auch die überzogene Steuerprogression mildert. Und man muss auch erklären, wieso die Schweizer mit einer Steuerbelastung von 34 Prozent und die Deutschen mit 38 Prozent auskommen, diese in Österreich aber 43,5 Prozent beträgt.

Blecha: Die Gesamtbelastung ist zu hoch, aber zu ungerecht verteilt. Der Mittelstand blutet, die Vermögenden zahlen fast nichts. Was die Menschen sprachlos macht, ist, dass von den 3000 Milliarden Dollar, die jeden Tag in der Welt zirkulieren, nur fünf Prozent auf echte Waren und Dienstleistungen entfallen. Die restlichen

95 Prozent sind Finanzprodukte; aber für die gelten keine strengen Regulierungen wie für die anderen fünf Prozent. Weil wir gerade bei Abgaben sind: Im Bereich der Gesundheitsversorgung, etwa bei den Kassenbeiträgen, gibt es noch Spielräume. Wir müssen uns überlegen, ob Besser-Verdiener nicht auch ein Stück mehr zum solidarischen System beitragen sollten.

Androsch: Es kann generell keine Nulltarife wie im Schlaraffenland geben, weil es keine Nullkosten gibt. Mit Milton Friedman stimme ich in einem Punkt überein: „There is no free lunch“ – das Mittagessen gibt’s nie umsonst. Wer es bezahlt, ist eine andere Frage.

Was meinen Sie damit?

Zur Anschauung: Ein Stahlarbeiter, der als Pendler aus dem Mühlviertel für den Schichtbetrieb in der Nacht, bei Regen und Schnee in die Voest pendelt, bekommt rund 3700 Euro brutto. Ein linker Nachbar ist arbeitslos, der rechte Frührentner. Wenn beide pfuschen gehen, haben diese netto gleich viel wie der Stahlarbeiter. Es darf auch nicht länger sein, dass End-40er an Stammtischen stolz erklären, sie seien in Pension.

Wie lauten Ihre Empfehlungen für die Regierung?

Androsch: Ich möchte nicht mit den Verantwortungsträgern tauschen; die haben’s schwer genug. Ich sage nur: Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar, und Mutlosigkeit ist kein Rezept.

Blecha: Und die Parteien müssen Utopien entwickeln, die drei Kriterien erfüllen: Sie müssen denkbar, erfüllbar und erreichbar sein.

